

# Danziger Zeitung.

Nr 16269.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerbogenstrasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Interate kosten für die Beiträge oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Politische Uebericht.

Danzig, 22. Januar.

## Die Adressfrage im Abgeordnetenhaus.

Wie schon erwähnt, soll der Herr Reichskanzler die Absicht des Herrenhauses, eine Adresse über die brennende Frage des Augenblicks an den Kaiser zu richten, keineswegs als berechtigt anerkannt haben. Auf alle Fälle sei er gegen eine ähnliche Kundgebung des Abgeordnetenhauses. Dass der Reichskanzler, der anlässlich der Frage des Braunitweinmonopols das Einfrieren der Reichsmachine prophezeite und ankündigte, die Regierungen würden dann geneigt sein, sich wegen der Mittel an die Einzallage zu wenden, jetzt plötzlich ein Votum des Herren- und des Abgeordnetenhauses gegen die rechtsfeindliche Reichstagsmajorität als staatsrechtlich bedenklich beanstanden sollte, ist nicht anzunehmen. Wenn nur eine Maßregel politisch opportun ist, so pflegt Fürst Bismarck sich mit theoretischen Bedenken nicht aufzuhalten. Plausibler schon klingt es, dass Fürst Bismarck gerade die Opportunität einer Adressdebatte im Abgeordnetenhaus bezweifele. Im Herrenhause hatte die Adresse an den Kaiser einen mehr persönlichen Charakter, eben weil das Herrenhaus lediglich ein Ergebnis königlicher Machtvollkommenheit ist. Im Abgeordnetenhaus, welches sein Mandat den Wählern, wenn auch einem durch das Dreiklassen-Wahlrecht beschränkten Theils derselben verdaute, würde der politische Charakter des Conflicts in der Militärfrage um so schroffer hervortreten, als im Abgeordnetenhaus die Conservativen und die Nationalliberalen, welche im Reichstage in der Minorität sind, die Majorität der Stimmen haben; eine von ihnen beschlossene Adresse an den Kaiser demnach den Schein einer Auseinandersetzung gegen den Reichstag haben würde, dem doch die Führer der Parteien selbst angehören. Man weiß, dass die Herrenhausadresse ursprünglich dahin gehen sollte, dem Kaiser in seiner Eigenschaft als König von Preußen die zur Durchführung des Militärgegesetzes erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Munde des Herrenhauses war das nur eine Phrase, da in finanziellen und Steuerfragen das Abgeordnetenhaus die entscheidende Stimme hat. Es wäre von besonderem Interesse, zu erfahren, ob die conservativ-nationalliberalen Majorität des Abgeordnetenhauses eventuell bereit sein würde, in Form einer Bestellung des Braunitweins, deren Ertrag Fürst Bismarck i. S. für Preußen allein auf 140 Millionen M. berechnete, der Regierung die Mittel zur Durchführung des Militärgegesetzes auch ohne Zustimmung des Reichstages zu geben. Ein Votum dieser Art wäre wesentlich dazu beizutragen, die Regierung, sich, wenn auch der neue Reichstag das caudinische Joch nicht possieren will, ohne den Reichstag zu belästigen, zu verstärken.

Dass dem Herrenhause in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung der Reichstag ein Dorn im Auge ist, weiß man schon. Die Herren täuschen sich nicht darüber, dass die Tage des Herrenhauses in seinem jetzigen Zustande gekrönt sein werden von dem Augenblick an, wo ein wahrhaft constitutionelles Regiment in Preußen und Deutschland zur Durchführung gelangt. Die gouvernementalen Blätter glauben gegen die Freisinnigen einen Triumph vor weiss wie groß auszuüben, indem sie hierauf hinweisend den "Radicalismus" dieser Partei zu beweisen glauben. Und doch ist die Reform des Herrenhauses nur eine alte Forderung der Nationalliberalen, in deren Programm von 1867 stand:

"Nach wie vor verlangen wir die Reform des Herrenhauses als Voraussetzung aller Reformen."

Die Namen Bentwingen und Miquel befinden sich unter diesem Programm.

Im Abgeordnetenhaus tritt die conservative Reaction noch etwas vorsichtiger auf; gleichwohl aber tragen die Nationalliberalen Bedenken, ihre Solidarität mit den Bestrebungen der Herren v. Rauchhaupt u. Gen. offiziell durch die Unterzeichnung einer Adresse zu constatiren. Vielleicht giebt es doch noch Wähler genug, deren Augen gegen eine so plötzliche und vollständige Auflösung über die neuesten nationalliberalen Ziele empfindlich sein würden. Man will also lieber auf die Adresse verzichten, als sich jetzt schon, wo ein praktischer Anlass noch nicht vorliegt, darüber zu erklären, ob die Majoritätsparteien des Abgeordnetenhauses geneigt sein würden, eventuell selbst über das Ausgabebewilligungssrecht des deutschen Reichstags zur Tagesordnung überzugehen. Im Interesse der Klärung der Stellung der Parteien zu der brennenden Frage ist es zu bedauern, dass das Abgeordnetenhaus auf eine Adressdebatte verzichtet hat.

*Das conservativ-nationalliberale Cartell.*

Die "Kreuzzeitg." pocht energisch auf den Wortlaut des Cartells, der die Nationalliberalen verpflichte, überall für die Conservativen einzutreten, wo sie bisher in den Mehrzahlen waren. Die "National-Ztg." behauptet, die Verabredung der Nationalliberalen mit den beiden conservativen Parteien, welche für das Septennat eintreten, gehe dahin, "bei den bevorstehenden Wahlen in der Regel" zusammenzuwirken. Und das Parteiorgan, die "National-Ztg.", schließt sich dieser Auffassung an. Wenn die Wähler nicht für die Herren Süder u. Gen. stimmen wollen, so sollen sie von der Parteilicitung nicht gebindert werden. Die "Köln. Ztg." hat es dagegen als selbstverständliche Bezeichnung, dass die Nationalliberalen in Siegen u. s. w. für die Herren Süder u. Gen. stimmen müssten. Nun, sollte es etwa zur Stichwahl in Siegen kommen, so wird doch wohl die "Köln. Ztg." Recht behalten? 1884 geschah es ja auch so, und Herr Süder, der in Berlin glänzend geschlagen war, wurde von den Siegener Nationalliberalen in den Reichstag getragen? zunächst wird sich die Bedeutung des Cartells in Berlin zu zeigen haben. Die Regierungs-Candidaten für die sechs Berliner Wahlkreise sind schon genannt. Den Nationalliberalen ist derjenige Kreis zugewiesen worden, der am aussichtslosesten ist. Dann sind zwar Süder

und Wagner von Berlin abberufen worden, aber Cremer, Don Jose Christoval Cremer, carlisischen Angedenkens, mit Süder der energischste aller Antisemiten, ist geblieben, und für ihn müssen die Nationalliberalen eintreten. Auch Herrn v. Lewitzki sollen sie zum Siege verhelfen, der f. S. für das Tabaksmonopol stimmte. Das genügt!

## Der Vatican und die Septennatsfrage.

Aus vaticanischen Kreisen wird der "Pol. Corr." geschrieben: In manchen Blättern wurde die Annahme ausgeschlossen, dass die Verweigerung der militärischen Forderungen der deutschen Reichsregierung durch das katholische Reichstagszentrum auf die zwischen dem heiligen Stuhl und der preußischen Regierung schwelbenden Unterhandlungen eine nachteilige Rückwirkung ausüben könnte. Diese Vermuthung beruht auf irrgänzen Voraussetzungen. Die Haltung des Reichstagszentrums in rein politischen Fragen wird in keiner Weise durch Inspirationen aus dem Vatican beeinflusst. Der heilige Stuhl enthält sich grundsätzlich aller Einwirkung auf interne, mit den Interessen der Kirche in keinerlei Zusammenhang stehende Angelegenheiten der verschiedenen Staaten, und so sieht er auch der Haltung des deutschen Reichstagszentrums in der Militärfrage vollständig fern. Die preußische Regierung ist sich über diese Säciale durchaus klar und eine Rückwirkung der Abstimmung des Centrums in der Frage des militärischen Septennats auf den Gang der Verhandlungen zwischen dem Vatican und Berlin erscheint angefischt dieser Umstände als ausgeschlossen.

## Des Reichskanzlers Verfassungstheorien.

Herr Professor Hänel in Kiel unterzieht jene Ausführungen über die Verfassung, die der Reichskanzler bei Gelegenheit der Berathung der Militärvorlage zum besten gegeben hatte, in der "Nation" einer eingehenden Analyse und kommt zu dem Ergebnis, dass die staatsrechtlichen Theorien des Fürsten Bismarck völlig unhaltbar sind. Wir können den interessanten Darlegungen des Prof. Hänel in der "Nation" im einzelnen nicht folgen und möchten nur einige der wesentlichen Punkte hervorheben. Prof. Hänel präzisiert den Standpunkt, den der Reichskanzler annimmt, folgendermaßen:

Sind die vom Reichskanzler behaupteten Sätze richtig, dann ist die verfassungsmäßige Stellung nicht nur des Reichstages, sondern auch des Bundesrates bei dem Präsenzgesetz eine vollkommen andere als bei jedem andern Gesetz. Während nach dem Wortlaut der Verfassung Art. 5 die Zustimmung der Mehrheit beschlossen wird, und Reichstag zu jedem Gesetz erforderlich ist, und mithin diesem wie jenem das Recht der Zustimmung zugesprochen ist, wandelt die Auffassung des Reichskanzlers das Recht der Zustimmung bei dem Präsenzgesetz in eine nur beratende Stimme um. Denn nichts weiter als ein Recht der Berathung steht der Natur der Sache und feststehendem Sprachgebrauch nach einem Vertretungskörper dann zu, wenn der Souverän war verfassungsmäßig verpflichtet ist, einen Gesetzentwurf den Beschlüssen der Vertretung zu unterbreiten, wenn der selbe aber berechtigt bleibt, den Gesetzentwurf trotz der abändernden oder verworfenen parlamentarischen Beschlüsse unverändert und mit rechtsverbindlicher Kraft zu erlassen. Geraade dies und nichts anderes ist die Behauptung des Reichskanzlers.

Selbstverständlich bedarf es, um ein solches mit dem Wortlaut der Verfassung zunächst und äußerlich in schärfstem Widerspruch stehendes Ergebnis annehmbar zu machen, einer schwierigen Beweisführung. Der Reichskanzler hat sie durch seine Auslegungen der Art. 59, 60 und 63 Al. 4 der Reichsverfassung angestrebt. zunächst Art. 59. Er lautet: "Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang dem siebenden Heere — und zwar die ersten drei Jahre bei den Fahnen — an."

Hieran schlägt sich in dem gleich folgenden Art. 60 die Bestimmung, dass die Friedenspräsenzstärke durch Gesetz normirt werden soll. Kommt, so folgt nunmehr der Reichskanzler, das Präsenzgesetz nicht zu Stande, dann bestimmt allein Art. 59 die Präsenzziffer, dann wird diese dadurch gebildet, dass alle wehrfähigen Deutschen im zutreffenden Alter zu dreijährigen Diensten unter der Fahne eingestellt werden können. Freilich, auch wenn die Schlussfolgerung zugegeben wird, wird dadurch nicht das beweisen, was zu beweisen ist. Ein verfassungsmäßiges Recht des Kaisers eine von ihm zu bestimmende Friedenspräsenzstärke einsetzen und rechtsverbindlich festzustellen, folgt aus diesem Artikel nicht und folgert auch nicht der Reichskanzler. Aber auch die Verwertung derselben, um irgend welche Präsenzziffer zu gewinnen, ist ausgeschlossen. Der Reichskanzler selbst erkennt es an, dass eine hieraus gefolgte Präsenzstärke eine finanzielle Unmöglichkeit, eine militärische Unmöglichkeit ist.

Niemals kann es aber einer Interpretation gestattet sein, einem Verfassungstitel einen Sinn, eine Absicht oder auch nur eine Verwertbarkeit beizulegen, welcher zu einer "Unmöglichkeit" führt.

Und so kann als der wahre Inhalt der Verfassung nur das gelten, was bisher von niemand bezweifelt war. Jeder von den beiden Art. 59 und 60 hat seine besondere und spezifische Bestimmung; bei Wegfall der einen kann sie durch die andere nicht ersetzt werden, weil eben die Gegenstand ihrer Regelung ein vollkommen verschiedener ist.

Art. 59 hat ausschließlich und allein die Absicht, die Wehrpflicht jedes Deutschen zu bemessen und zu begrenzen. Die individuelle Pflicht der einzelnen ist der spezifische Gegenstand und Inhalt seiner Bestimmung. Sie ist vollkommen unabhängig von der Präsenzstärke; mag diese bestimmt sein, wie sie will, mag das Präsenzgesetz zu Stande kommen oder nicht, die verfassungsmäßigen Pflichten der Einzelnen und ihre Begrenzungen bleiben davon vollkommen unberührt.

Art. 60 hat den andern spezifischen Sinn und Inhalt, die militärische Gesamtleistung der Nation

an aktiv dienstpflichtiger Mannschaft zu normiren. "Die Gesamtheit der Menschenleistung", so sagte Bereinst Gneist, "kann nur durch Gesetz bestimmt sein, denn ohne das wäre die Nation zu „ungemessenen“ Diensten verurtheilt; wir wären nicht die Unterthanen unseres Königs, sondern Unterhändige; eine verfassungsmäßig regierte Nation kann nur zu gesetzlich fixirter Gesamtleistung verpflichtet sein".

## Das französische Ministerium wankt.

Der Premierminister Coblet, der im Dezember vorjigen Jahres sein schwieriges Amt unter den ungünstigsten Auspicien angetreten, hat bisher seine Stellung nicht ohne Glück und Geschick zu halten gewusst; aber doch beginnt das Cabinet bereits in den Augen zu krachen. So wird von gestern aus Paris telegraphiert: "Der Budgetausschuss hat den abgeänderten Budgetentwurf des Finanzministers, nach welchem 383 Millionen mittels in 66 Jahren rückzahlbarer Obligationen emittiert werden sollen, mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen hält man eine Ministerkrise für möglich."

## Petersburger Gerichte.

Dem "B. Tgl." wird aus Petersburg berichtet, dass dort fortgesetzt von einem Beinah des Zaren in Berlin zum 22. März gesprochen wird. Man behauptet, der Zar würde von Berlin nach Wien gehen. Letzteres Gericht ist wohl nur eine irrthümliche Varietät einer zweiten, eher wahrscheinlichen Meldung, dass auch der Kaiser von Oesterreich nach Berlin zum 90. Geburtstage Kaiser Wilhelms erscheinen und dadurch auf die natürliche Weise von der Welt eine neue Dreikaiserzusammenkunft stattfinden würde. Friedliche russische Kreise hoffen auf die Verwirklichung dieses Gerüsts und deuten das plötzlich erneute Heben Kalkos gegen den Drei-Kaiserkongress auf einen Versuch, die Verwirklichung dieses Planes zu hinterstreichen. Diese Friedensfreunde betonen, dass, wenn der Zar nur für eine Weile den auslandseidlichen Einflüsterungen Kalkos entzogen würde, bald Vieles besser werden könnte.

## Cholera in Südamerika.

Laut in Bern eingetroffenen zuverlässigen Mittheilungen ist jetzt in sämtlichen Gebieten der argentinischen Republik die Cholera ausgebrochen und hat derartige Dimensionen angenommen, dass der schweizerische Bundesrat, zumal in Argentinien gegenwärtig Sommer ist, zur Zeit vor der Auswanderung nach diesem Lande zu warnen sich veranlasst sieht.

## Abgeordnetenhaus.

## 4. Sitzung vom 21. Januar.

Erste Lesung des Stats vom 1887/88  
Finanzminister v. Scholz: Was das abgelaufene Jahr 1885/86 anlangt, so glaubte ich vor Jahresfrist einen Überschuss von 7 Mill. in Aussicht stellen zu können, der zu Amortisationszwecken zu verwenden sei. Die Wirklichkeit hat diese Voransage bestätigt. Die Anleihe, welche der Staat von 1885/86 erforderte, konnte in Folge der um 2 Mill. hinter den Voransetzungen zurückgebliebenen Matrifikationsentnahmen um diesen Betrag niedriger bewilligt werden. Bietet man einen formellen Überschuss von 7 Mill. von der Anleihe ab, so ergibt sich für das Jahr 1885/86 ein Deficit von 12 863 000 M., ein immerhin noch günstiges Ergebnis. Einem nunmehrigen Mehrüberschuss hat namentlich die Eisenbahnverwaltung (über 7 Mill.) geliefert, ebenso die directen Steuern (nahezu 2 Mill.) und die indirekten Steuern (gegen 4 Mill.). Minderüberschüsse waren dagegen besonders bei der Bergverwaltung (über 3 Mill.) und der Eisenbahnenverwaltung über 8 600 000 M. Es liegt letzteres an der Stützung in Handel und Verkehr in 1885/86, die sich aber immer noch innerhalb geringerer Grenzen gehalten hat, als in anderen Ländern. Was das wahrscheinliche Ergebnis des laufenden Jahres 1886/87 anlangt, so wird dasselbe wahrscheinlich dem des Vorjahres sehr ähnlich. Wir rechnen wieder auf ungefähr 7 Mill. Überschuss. Wir denken bei den Bergwerken wieder einen Minderüberschuss von 400 000 M. zu haben. Bei den Eisenbahnen glaube ich den Auffall nicht höher, als auf 6 Mill. M. schätzen zu sollen. Dagegen werden wir bei der Tabaksteuer auf 8 Mill., bei der Reichssteuer auf 1—2 Mill. weniger zu rechnen haben. Alles in Allem werden wir auf 18 Mill. ungünstige Einschätzungen ebenso streng erfolge, wie in der Stadt, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele seiner "noblen landwirtschaftlichen Berufsgenossen" (Heiterkeit) und es heißt da auch wohl: "Was Du nicht willst, dass man Dir ibut, u. s. w." (Große Heiterkeit). Wie streng in der Stadt Berlin die Einschätzung sei, beweise die Einschätzung sogar der Abgeordneten-Dräte zur Steuer. Da der bloße Versuch hierauf gemacht worden sei, beweise genug. Einem besseren Maßstab für Bewertung des Wohlstandes, als die Einschätzungen, gewähren die Ergebnisse ebenso wenig Erfolg, wie hier in Berlin! Auf dem Lande verlege sich der einfache Landrat in die Seele

schwindende Anzahl von Stimmen erhalten; das Branntweinmonopol im Gange 3 Stimmen, und die letzte Branntweinvorlage hat auch nicht einen einzigen Abgeordneten. Auch seine Vorlagen in diesem Hause haben bei den Herren überwogen (rechts) wenig Liebe erweckt. Von den wünschlichen Erfolgen der Finanzpolitik ist bei Hrn. v. Scholz gäbt das Wort: Den Seinen giebt er's schiefend; die Börsensteuer im Reichstag und die Lotteriedopplung im Landtag werden ihm auf dem Präsentatelier angeboten, er hat nur zuzugreifen brauchen. Dann trifft die Finanzverwaltung der sehr schwere Vorwurf, daß sie zur Regelung der Kästensteuer nicht rechtzeitig eingegriffen hat. Ist es dann aber eine für den Landtag und den Staat erträgliche Lage die Ordnung der Finanzen davon abhängig sein zu lassen, was der Reichstag thun wird? Ich denke, jeder Staat muss sich selbst genug sein (Heiterkeit). Der Reichstag hat mehrere hundert Millionen an neuen Böllen und Verbrauchsabgaben bewilligt, und diese noch höher zu steigern wird kaum möglich sein. Wenn wir nun trotzdem auf die "scher unendliche" Reserve aus der Weiterentwicklung der indirekten Steuern, auf den Bedürft des deutschen Volkes, auf die noch zu gewinnenden Einnahmen aus Bier, Branntwein, Tabak, für welche Genussmittel das Volk über eine Milliarde jährlich ausgebe, immer wieder hingewiesen werden, so liegt die Sache doch nicht so, daß das Geld, welches bisher in die Kasse des Bier- oder Tabaksverkaufers fließt, einfache in die Kasse des Fiskus abfließend gemacht werden kann, sondern es ist doch damit eine stärkere Berringerung der Produktion unvermeidlich verbunden. Wir sind daher gekommen, daß man nicht mehr forschen kann, lediglich die allgemeinen Genussmittel heranzuziehen, sondern daß man auf die großen Vermögen zurückgehen muss, die diesen jetzt getroffen werden. Wir haben auch an einem unberührten Feld gedacht, an die Einkommen der mediterranen Fürsten, deren Privilegium durch kein Gesetz verhindert ist, sondern sich als Missbrauch von Schrein zu Schrein hinzogen hat; ich glaube, es ist ihnen selbst unbekannt geworden. Ich glaube, die patriotische Begeisterung, die neulich an anderer Stelle sich gezeigt hat, ist ein Vorwand dafür, daß wir nach dem Vorgange vom 4. August 1789 den freiwilligen Verzicht dieser Herren erledigen werden (Heiterkeit), und damit wäre schon Einiges zu erreichen. Der Finanzminister hat sich der Beantwortung dieser Frage, wie er über das Monopol denkt entzogen und zwingen können wir ihn nicht dazu. Wir aber müssen erklären: Es ist gar nicht möglich, die gegenwärtige Finanzpolitik fortzuführen, wenn man nicht zu den Monopolen kommt. Der Finanzminister hat alle seine übrigen Pfeile verschossen, die Vorlagen, die er macht, können in r. Monopollagen sein. Und das werden wir an anderen Stellen sagen: Zugestanden hat er es nicht, aber in Abrede gestellt hat er es auch nicht; das genügt! (Lebhafte, andauernde Beifall links, lachend rechts.)

Abg. v. Minnigerode (conf.). Ich bedauere, daß der Vorredner die ungünstige Lage des Landes zum Gegenstande von Scherzen gemacht hat. Der Finanzminister Preußens hat keinen Anlaß, sich für eine Ausgleichung des Defizits im Reich zu bemühen, der Reichstag muß die Bilanz herbeiführen. (Beifall rechts.) Ich weiß nicht, woher der Vorredner meint, daß in den Städten rigoros verfahren wird, als auf dem Lande; das entspricht nicht den Grundzügen unserer Verwaltung. Die Mindereinnahmen der Eisenbahn-Verwaltung sind nicht bloß dem Rückgang des Verkehrs zuschreibbar, sondern auch wesentlichen Tarifermäßigungen. Die Vergütungen der Domänen geben doch ein trauriges Bild der schlechten Lage unserer Landwirtschaft. Von 37 Domänen haben 22 einen Minderbetrag ergeben, sogar einzelne von einem Drittel des Bachtvertrages früherer Zeit. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse stehen sich noch ungünstiger dar, als im Vorjahr. Die Durchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Spiritus, vor Alem aber für Wolle, weisen einen weiteren Rückgang auf. Röder greift nun auf eine Rede zurück, die der Abg. Richter im vorigen Jahr über die Lage der Landwirtschaft gehalten hat und polemisiert gegen die Ausführungen desselben. Röder geht dann weiter auf den Staat ein und ruft es u.a., daß die Regierung trotz des niedrigen Silberpreises Silberverkäufe nach Ägypten ausgeführt habe. Er freut sich über die Erhöhung der Gehälter der Districtscommissionen und der Superintendenten. Das beständige Steigen der Ausgaben für Universitäten ist nicht ohne Bedenken für den schlichten Landmann. Das Reich muß helfen, zunächst sich selbst und dann den Einzelkäfern. Und da will man im Wahlkampf noch sagen, wir brauchen keine neuen Steuern, will mit den paar reichen Leuten locken! Auch wir wollen keine Ungerechtigkeit bei der Besteuerung. Als von großen indirekten Steuern noch nicht die Rede war, habe ich mich eventuell auch für eine Reichseinkommenssteuer erklart. Jetzt liegen die Verhältnisse anders, wo wir einen großen Zug indirekter Steuern erhalten haben. Jetzt ist der Vorschlag ein tödgeborenes Kind. Dagegen halten wir es für angezeigt, an eine Reform der direkten Steuern in den Einzelstaaten heranzutreten. Wir schreiten vor einer Kapitalrentensteuer nicht zurück, so lange die Grund- und Gebäudesteuer fortbesteht. Auch die Reformbedürftigkeit der Gewerbesteuer erleben wir an, und ich erkläre, daß wir mit bezüglichen Anträgen kommen werden.

Abg. v. Ehrene (C): Auch das laufende Jahr wird nur wenig mehr zur Überzeugung an die Communen bringen, als das vorige Jahr. Ich habe mir freilich nie die Illusion gemacht, daß in den ersten Jahren hier consolidierte Verhältnisse eintreten werden. Vor dem Gefall der höheren Böle hat eine Masseneinführung von Getreide stattgefunden; und dazu kam, daß die letzten Jahre gute Ernten ergeben haben. Im Laufe der Jahre wird aber erhöhte Einführung stattfinden, weil das Ausland Absatz suchen muß. Es ist also ein fröhlicher Schluss, wenn man die jetzigen Verhältnisse als dauernde ansieht. Das Verlangen des Abg. Meyer, daß das Reich und die Einzelstaaten ihre eigenen Steuerkreise haben, mag ideal zu erreichen sein; in der Praxis liegen die Dinge anders. Da alle Steuern von denselben Bürgern erheben werden, so kann es sich nur darum handeln, eine zweckmäßige Vertheilung der Steuerobertheit einzutreten zu lassen. Gegen den Plan eines Reichseinkommenssteuer muß ich mich ausdrücklich erklart. Die Ausführung eines solchen Projektes würde in die Befürchtungen der Einzelstaaten derart eingreifen, daß sie ohne Verlegung der Rechte der Einzelstaaten durchführbar sein wird. Hrn. v. Minnigerode gebe ich auch zu, daß das System unserer direkten Steuern mangelhaft ist, und daß darin Wandel geschaffen werden muß. Wenn wir die indirekten Steuern ausdehnen wollen, müssen wir die direkten reformieren. An einer Branntweinsteuer mitzuwirken, sind wir bereit; nur muß man im Reich den Gedanken an das Monopol aufgeben. Ich verleihe es nicht, wenn der Finanzminister sagt, daß er, bevor die Militärfrage erledigt sei, nicht in der Lage sei, über die Dedungfrage sich auf irgendwelche Verhandlungen einzulassen; es sollte doch so viel ruhig Blut vorhanden sein, um neben dem Wunsche nach Erledigung der Militärvorlage auch nachzudenken, wo man denn das Geld zur Deckung des Defizits herbekommt. (Sehr richtig! im Centrum.) Im übrigen habe ich prinzipielle Bedenken gegen den Staat nicht. (Beifall im Centrum.)

Abg. Ennecerus (n.l.): Wir müssen uns nach weiteren Einnahmen umsehen. Eine weitere Converthung der Staatschuld ist nicht ratsam, weil die das Capital in's Ausland treiben würde, für eine Reform der directen Steuern ist meine Partei stets eingetreten; im Belohnen für eine höhere Besteuerung des Geldkapitals. Ebenso notwendig ist eine Reform der Gewerbesteuer. Der Gedanke des Reichseinkommenssteuer ist uns nicht un sympathisch. Aber die großen technischen Schwierigkeiten lassen seine Verwirklichung nicht zu. Diese Steuern würde in ganz Deutschland nur 17 700 000 M. bringen. Ohne Erhöhung der indirekten Steuern können wir außere Reichs- und Staatsfinanzen nicht ordnen. Nach die Untersteuer bedarf einer gründlichen Reform; die eingetretene Reform hat sich bereits als ungenugend gezeigt. Meine Partei war gegen das Tabaks- und ebenso gegen das Branntweinmonopol. Trotzdem werden diese Monopole wieder gegen uns ins Feld geführt. Zu der Baterlandsliste sollte sich in der Militärfrage auch die Wahrung der Klugheit gefallen. Die Militärfrage ist eine Frage der Sicherstellung des Reichs, und dabei hätte man erwarten sollen, daß nicht

blos die finanziellen Rücksichten, sondern auch alle Parteiunterschiede zurückspringen.

Abg. Windhorst: Auch ich glaube mit meinen Freunden, daß die Sicherung des Reichs gegen jeden ausländischen Angriff die Hauptfahne ist. Nun ist aber in dem Beschluss des Reichstags die Forderung der Regierung voll und ganz bewilligt worden. Was fehlt an der vollen Sicherung? Ein Größerer, als Hr. Ennecerus, Graf Molte, hat doch ganz bestimmt ausgesprochen, daß ein großes Entgegenkommen der Parteien der Vorlage gegenüber vor dem Auslande vorbanden sei. Es ist ganz wunderbar: die Regierung hat alles in der Hand gehabt, sie konnte alles bekommen. (R.f.: Aber nur auf drei Jahre!) Gerade drei Jahre genügen, um auszukommen. Das hat noch niemand bestritten. Die Franzosen haben uns im Rücken und bewilligen alle Jahre. Es sind eben andere Tendenzen, die man verfolgt (Sehr richtig! links), und diesen gegenüber wollen wir gewappnet sein. Wir haben keine Gefahr vom Auslande zu befürchten. Nach dem Reichslande stehen wir mit Russland in dem besten Einvernehmen. Von Frankreich ist die Gefahr nicht größer, als sie seit dem Frankfurter Frieden immer gewesen ist. Dagegen hat der Reichstag auf die Autorität des Grafen Molte hin alles bewilligt. Und was die Jahre betrifft, so ist es ja merkwürdig, daß man eine solche Eile gehabt hat, den Reichstag aufzulösen, ohne die dritte Letztag abzuwarten. Man weiß ja gar nicht, was in der dritten Berathung vorliegen konnte. (Hört! hört!) Aber an einer gewissen Stelle schien eine wahre Angst entstanden zu sein, daß es rein durchginge, dann könnten freilich weitere Pläne, die man im Auge hatte, wenigstens jetzt nicht erreicht werden. (Sehr gut!) Wenn Sie wirklich glauben, daß man dem Auslande gegenüber doch vollkommen einsa sein sollte, dann sollte es sich doch keine Partei auf Aufgabe stellen, vor dem Auslande immer neuen Zwischenfall zu dokumentieren. (Sehr richtig!) Dann sollte ein ganzer Staatskörper Bedenken tragen, gegen einen anderen bedenkenderen Front zu machen, wie es die Herren im Herrenhause gebaut haben. Ich bedaure bloß, daß es Hrn. v. Ehren sich gelungen ist, die anderen Parteien von einer Adresse hier im Hause abzubringen. Ich hatte mich schon sehr auf die Diskussion gefreit. Die finanziellen Maßregeln der Konventionen dürfen in nichts weiter als in Monopolen bestehen. Wir werden die Monopole bekämpfen wie bisher. Auch der Abg. Ennecerus hat sich gegen die Monopole erklärt. Außerdem, er wird mir nicht ablehnen, daß ich, so werthvoll mir seine Erläuterungen sind, doch kein großes Gewicht darauf lege. (Heiterkeit.) Die eigentlichen Haupte der Partei, v. Bennington und Miquel, werden ja nun wiederkommen, und dann werden wir hören, was sie sagen; die anderen bedeuten mir nichts. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Scholz: Für uns gilt der Reichstag zur Zeit als geschlossen, und es ist hier nicht der geeignete Ort, um die Verhandlungen des Reichstages in einem gewissen Sinne fortzuführen. (Beifall rechts.) Abg. v. Bedlitz (freicons.): Daß die verbündeten Regierungen alles hätten haben können, ist nicht richtig. Denn die Bewilligung war an eine Verbindung geknüpft, von der man vorauswurkte, daß sie die Ablehnung bedeutete. Wenn man mit Notwendigkeit nach außen Front machen muß, dann ist es ein Act, der mindestens kein hoher Grad von Patriotismus genommen werden kann, wenn man mit Gewalt einen inneren Streit provoziert. (Lärm im Centrum und links.) Das Projekt einer Reichseinkommenssteuer ist von Hrn. v. Ehren bereits tot gemacht. Monopole ciñrt Hr. Windhorst lediglich als Gelpunkt zu Wahlstellen. Das Tabakmonopol hat der Fürst Bismarck als begraben erklärt; und an das Branntweinmonopol denkt kein Mensch. Aber an einer sonstigen Vermeidung der Einnahmen aus der Getränkesteuer wird sich die Gelegenheit leicht finden. Ist es der Linken wirklich Ernst mit einer gleichmäßigeren Heranziehung der wohlhabenden Klassen, dann klappe sie nicht etwa wieder ihre Zustimmung zu derartigen Steuerprojekten an Bedingungen von denen sie weiß, daß sie nicht acceptabel sind. (Sehr gut! rechts)

Abg. Windhorst: Ich habe die Monopole keineswegs zu Wahlwählen erwähnt. Hrn. v. Bedlitz ist wohl entgangen, was über diese Frage im Reichstag vorgekommen ist. Nach den Ausführungen des Finanzministers, wie ich sie aufgefaßt habe, ist gar kein Zweifel, daß das Branntweinmonopol keineswegs aufgegeben ist; das Tabakmonopol hat er persönlich als eine willkommene Steuer betrachtet. Die Ausserung des Reichslandes über das Tabakmonopol ist mir nicht bekannt. Aber wir haben doch erlebt, daß selbst Todte aus dem Grabe auferstehen. Deshalb glaube ich, daß diejenigen gen, welche die Monopole nicht wollen, sich die Kandidaten angesehen haben. Die Bewilligung im Reichstag war eine ernstliche; daß die Bewilligung auf drei Jahre auch eine acceptable sei, dafür könnte ich Ihnen Autoritäten aus dem eigenen Lande anführen, die aber allerdings hier zu nennen bedenklisch ist, in einem Augenblick, wo alles so brennt. Der Abg. v. Bedlitz, welcher mit den Plänen der Regierung nun vertraut ist, hat erklärt, daß der Reichsanzler, der den Frieden machen will, doch unmöglich etwas sagen könnte, was den Frieden stört. Will der Herr damit behaupten, der Reichsanzler habe amtlich etwas gesagt, was ihm nicht ernst sei? (Sehr gut!) Das der Reichsanzler voll und ganz gelagt hat, was er dachte, darüber ist auch im Auslande nirgend ein Zweifel. Ich bin der Meinung, daß seine Rede wesentlich auf die Fortdauer des Friedens eingewirkt hat; und das würde nicht möglich sein, wenn der Gedanke des Hrn. v. Bedlitz, daß der Reichsanzler nicht gesagt, was er gedacht, im Ausland Eingang fände. Darum protestiere ich gegen solche Ausführungen des Hrn. v. Bedlitz.

Minister v. Scholz: Meine heutige Erklärung hat an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig gelassen. (Der Minister verliest nochmals den Vorstand derer derer.) Herr Windhorst meint: man kann nicht wissen, ob nicht vielleicht etwas dahinter steht; ich hätte auf seine Bitte, zu erklären, daß das Tabaks- und Branntweinmonopol definitiv aufgegeben sei, nicht antworten gekonnt, gewollt oder gedurst. Mit der letzteren Bemerkung hat er auch ein gewisse Heiterkeit hervorgerufen. Wenn damit sollte eine Heranziehung meiner persönlichen Stellung innerhalb der Regierung beabsichtigt sein, so hat er diesen Zweck vollständig verfehlt. Welches Mitglied des Bundesrats kann auf die Anfrage eines Reichstagsabgeordneten irgendwie eine Antwort daran geben: wir werden das und das nicht tun. Sie werden doch nicht glauben, daß jemand im Bundesrat nach Ablehnung des Monopols den Antrag stellt: wir beschließen nie wieder, das Monopol dem Reichstag vorzulegen. Ich leugne heute so wenig wie früher, daß ich ein Freund der beiden Monopole bin. Aber es ist eine andere Frage, ob man daraus irgendwie ein volitisches Kapital schlagen darf und kann. Der Reichsanzler hat einmal sehr glücklich ausgeführt, man gewinnt einen Einfluß auf die Regierung nicht durch Opposition, sondern durch Unterstützung derselben. Deshalb habe ich wohlermogen die Aufsicht ausgeschlossen, daß wir erst dann, wenn die Hauptförsche erledigt ist, die Frage wieder aufnehmen können, wie die Steuerreform zu verfassen sein wird; denn von den Freunden, die uns dabei unterstützen werden, wird auch im Wesentlichen der Gang der weiteren Politik abhängen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Ehren (c.): Abg. Meyer hat eine Wahlrede in Bezug auf sein Projekt der Reichseinkommenssteuer gehalten. Ich bin der Überzeugung, daß es ihm unmöglich sein würde, irgendwelche praktischen Vorschläge zu machen, wie diese Steuer in's Werk gelegt werden sollte. Wäre die Regierung mit einem solchen Projekte gekommen, dann würde auch nicht eine einzige Stimme dafür gefunden haben. Unsere Hauptförsche bleibt vorläufig die Sicherheit und Machtstellung des Reichs. Wenn Hr. Windhorst gemeint hat, daß ich die Adresse im Hause verhindert habe, so weiß er mehr als alle Übrigens im Hause und als ich. Ich gestehe, daß ich kein Freund dieses Vorhabens war. Ich weiß, daß der Kaiser sich auf die Majorität dieses Hauses verlassen kann und eine besondere Zusicherung derselben unabdinglich ist. (Beifall.) Bei einer Adressdebatte hätten Worte fallen können, die das Gemüth unseres Poldenfathers hätten verletzen können. Hinsichtlich der dreijährigen Bewilligung muß ich daran erinnern, daß die Abg. Windhorst und Richter sich recht satirisch gewehrt

haben. Erst als sie überzeugt waren, daß die Regierung eine dreijährige Bewilligung nie annehmen würde, haben sie diese Sache erfüllt, weil ihnen hörte wurde vor der Stimme des Volkes. Wenn Hr. Windhorst seiner Wählerschaft weis machen will, er marschiere am rechten Arm mit Richter und am linken Arm mit dem Grafen Molte. Ich sage ich, der Graf Molte will mit dem Abg. Windhorst nichts zu thun haben, und ich hoffe, daß das deutsche Volk bei der Wahl das Datum fallen wird, daß es endlich mit dem Abg. Windhorst auch nichts zu thun haben will. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Windhorst: Hr. v. Ehren hat gemeint, wir hätten die Sache mit den 3 Jahren erfunden, als wir gewußt hätten, daß die Regierung eine 3jährige Bewilligung nie annehmen würde. Wir haben die drei Jahre vorgeschlagen, weil wir wußten, daß die Regierung sich auf eine einjährige Bewilligung, wie sie in anderen Ländern üblich, nicht einlassen würde. Graf Molte hat sich auch nicht für seben Jahre ausgesprochen; seine Ausführungen führen allein auf das Aternat; im Übrigen hat kein Militär bewiesen, daß es mit den drei Jahren nicht ginge. Das konnte man auch nicht, da die Flotte und das Eisenbahn-Bataillon auf einjährigen Bewilligung steht. Es ist eine durchaus unberechtigte Ausnahme, zu sagen, wir hätten für die 3 Jahre nur gestimmt, weil wir gewußt hätten, daß sie die Regierung nicht annehmen würde. Der Finanzminister hat gesagt, man müsse die Lösung der Hauptfrage abwarten, danach erklärte er, müsse man das Steuerprogramm einrichten. Das ist ein neues Verfahren. Ich habe gemeint, daß die Steuerprojekte eingerichtet werden müssen nach Recht und Billigkeit und nicht in Rücksicht auf die, welche sie unterstützen. Hr. v. Scholz hat von abdotativen Künften gesprochen. Ich bin überzeugt, daß die Thätigkeit der Advokaten ebenso nützlich ist wie die der Minister. Vor dem Lande konstatire ich noch, daß der Finanzminister für seine Person einen entschiedenen Freund im Tabak- und Branntweinmonopol ist. Das ist für die Wahlen und die Sache viel wert. Es wird sich bei denselben nicht allein um die Militärvorlage handeln, sondern um vieles anderes, insbesondere um die Monopole. (Beifall im Centrum und links.)

Finanzminister v. Scholz: Es gibt verschiedene Wege der Steuerpolitik, aber natürlich wird immer dabei der Grundsatz der Gerechtigkeit und der gleichmäßigen Belastung im Auge behalten werden müssen. Wenn Herr Windhorst wissen will, ob heute das Monopolprojekt aufgegeben ist, so kann ich sagen: Ja! Denn es liegt kein Projekt vor. (Heiterkeit.) Wenn es sich aber darum handelt, ob die Vorlage auf längere Zeit zurückgelegt ist, so kann ich ihm nur dasselbe antworten wie vorhin.

Der Staat wird darauf zum großen Theil der Budgetkommission überwiesen.

#### Dentiland.

Am Berlin, 21. Jan. Sollten sich die Meldungen der „Kölner Ztg.“ von der Errichtung von Barackenlagern an der französischen Grenze bestätigen, so wird man wohl auf Gegenmaßregeln deutscher Seite nicht länger zu warten brauchen, denn daß es sich bei Ansammlung größerer französischer Truppenmassen in der Nähe der deutschen Grenze nicht um die Abwehr eines Angriffs Deutschlands gegen Frankreich handelt, braucht kaum gesagt zu werden. Die französischen Truppen, welche in den Barackenlagern untergebracht werden sollen, können ebenso gut zu einem plötzlichen Angriff auf Deutschland verwendet werden. Maßregeln dieser Art, welche natürlich nicht einseitig bleiben können, führen schließlich, was Graf Molte im Reichstag hervorholte, zu Situationen, die mit Notwendigkeit zu Entscheidungen drängen.

Einem Münchener Blatt zufolge war es der Vertreter Baierns im Bundesrat, welcher bei der vorläufigen Erörterung wegen Auflösung des Reichstags-Bedenken Ausdruck gab und eine Verständigung auf der Basis der Bewilligung der Friedensprüfung etwa auf fünf Jahre in Anregung brachte. Die „Germ.“ bemerkte dazu, die bayerische Regierung sei zu diesem Verhalten wohl durch Rücksicht auf die nächsten Landtagswahlen bestimmt worden, woraus hervorgeht, daß die „Germ.“ der Ansicht ist, daß die bayerische Regierung die Vereinigung aller Parteien gegen die Clericalen in Bayern gutheiße.

Die Mitteilung, daß die von dem Reichsanzler erwähnte kaiserliche Proklamation an die Reichstagswähler bereits Ende dieser Woche erscheinen werde, dürfte sich nicht bestätigen; es heißt sogar jetzt, davon sei ganz Abstand genommen. Aber vielleicht hält man den Zeitpunkt noch nicht für gekommen.

\* [Graf Hatzfeld], der deutsche Botschafter am englischen Hofe, ist am 19. Januar von Berlin kommend, wieder in London eingetroffen.

\* [Der amerikanische Gesandte] George H. Pendleton hat sich auf einige Zeit mit Urlaub nach den Vereinigten Staaten begeben. Während der Abwesenheit derselben von Berlin fungirt der erste Legations-Sekretär Chapmann Coleman als interimsföcher Gesandtschaftsrat.

\* [Die Freisinnigen und die Reichstagswahl.] Alle Nachrichten, welche bei dem geschäftsführenden Ausschuß der freisinnigen Partei eingehen, befinden wie die „Frei. Ztg.“ schreibt, ein von Tag zu Tag sich steigerndes Wahlinteresse auch in den freien Kreisen, welche 1884 der Partei verloren gingen und auf deren Wiedergewinnung diesmal kaum gerechnet werden konnte. Ein lebhafte Wahlinteresse hat aber stets den freisinnigen Partei zum Vorteile gereicht. Die ordentliche Wahl im Herbst würde schwerlich eine so lebhafte Wahlbewegung hervorgerufen haben, wie sie jetzt als Folge der Auflösung sich kundgibt.

\* [v. Neuniger] wird nunmehr bestimmt in seinem alten Wahlkreise Osterndorf-Neuhaus candidieren.

\* [Der Tod des Abg. Schmidt-Stettin] hat überall große Beileidsnachrichten hervorgerufen. Von 1867 ab hat er ununterbrochen die Stadt Stettin im Abgeordnetenhaus vertreten. Von 1871 bis 1878 war er auch als Vertreter Stettins Mitglied des Reichstags. Von 1861 bis 1874 gehörte er der deutschen Fortschrittspartei an, von 1874 bis 1881 war er (wie Löwe-Calbe und Berger) „Wilder“, im Jahre 1881 trat er der liberalen Vereinigung (Secessionen) bei. Schmidt interessierte sich besonders für Schul-, Post-, Telegraphen- und Marine-Angelegenheiten und betätigte dieses Interesse auch in den parlamentarischen Debatten. Er war auch mannsfach schriftstellerisch tätig, verfasste u. a. eine „Geschichte des Handels und der Schifffahrt Stettins“ und redigierte früher die „Baltischen Studien“, das Organ der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Alterthumskunde. Schmidt war unterbetrachtet und erfreute sich wegen seines jovialen Wesens bei den Abgeordneten aller Parteien vieler Beliebtheit.

\* [Abgeordnetenhaus-Fraktionen.] Die soeben erschienene Fraktionstabelle des Abgeordnetenhauses weist folgende Stärke der einzelnen Fraktionen nach: Conservat. 129, Centrum 97 und 3 Hospitanten (Briel, Grotz, Stephanus), Nationalliberal 67, Freiconservat. 64, Deutschfreisinnige 41, Polen 14, Wild 14.

\* [Die Polen-Anweisungen.] Im Monate Dezember 1886 dauerte, wie der „Vol. Cort.“ aus Lemberg geschrieben wird, die Ausweitung russischer Unterthanen polnischer Nationalität aus Preußen

noch immer fort. Sechs Familien mit 12 Personen dieser Kategorie sind in Galizien eingetroffen und haben sich beim Krakauer Comité um Unterstützung gemeldet. Die Unterbringung wird aber immer schwieriger, weil von den früher eingetroffenen noch über 100 Personen nicht untergebracht werden konnten. Von österreichischen Unterthanen polnischer Nationalität ist im Monate Dezember 1886, gleich wie im November, keiner auf Grund eines Ausweisungs-Decretes aus Preußen eingetroffen.

\* [In die Candidateneiste für die Breslauer Fürstbischöf-Wahl dünnen, nach der „Schles. Ztg.“, folgende Namen aufgenommen sein:]

dagung. Meldungen sind bis 1. Februar an das hiesige Eisenbahnbüroamt zu richten.

\* [Aufseitung des Hafens.] Ein Extra-Amtsblatt der hiesigen lgl. Regierung verkündigt heute folgende neue Polizei-Verordnung des Hrn. Regierungspräsidenten vom 20. Januar, welche mit dem Tage ihrer Publication in Kraft tritt.

Auf Grund des § 128 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 20. Juli 1883 (G. S. 195) verordne ich hierdurch vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirks-Ausschusses: Der § 30 der Polizei-Verordnung für den Hafen zu Danzig vom 19. August 1880 (Extra-Amtsblatt der lgl. Regierung zu Danzig vom 4. September 1880 Nr. 36) wird durch nachstehende Bestimmung ersetzt: Das Aufstellen behufs Verholzung, Aus- und Einlaufen von Fabriken ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Hafen-Polizeibehörde gestattet. Wenn sich das Bedürfnis zum Aufstellen ergiebt, so wird dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft von der Hafen-Polizeibehörde angeheimgestellt, für das Aufstellen und die Unterhaltung einer Fabrikne Sorge zu tragen. Erklärt das Vorsteheramt sich hierzu bereit, so werden nach Anhörung derselben die Bedingungen, unter denen die Benutzung der Fabrikne stattfinden darf, und die Entschädigungen, welche dafür zu entrichten sind, von der Hafen-Polizei-Behörde für einen bestimmten Zeitraum festgesetzt. Die Schiffe werden während derselben gegen den Nachweis der Erfüllung dieser Bedingungen und der Zahlung der festgelegten Entschädigungen zur Benutzung der Fabrikne zugelassen. Lebt das Vorsteheramt der Kaufmannschaft das Unternehmen ab, so ist den Füllern der Schiffe das Aufstellen selbst zu überlassen. Die Art des Aufstellens unterliegt in allen Fällen der Bestimmung der Hafen-Polizeibehörde.

\* [Neue Postbeförderung.] Der Postalzng Dirschau-Ebing (aus Dirschau 5,23 Nachm., in Ebing 6,50 Abends) wird vom 21. M. ab zur Beförderung von Postsendungen jeder Art benutzt werden. Der Zug hat Anschluß in Marienburg an den 6,4 Abends nach Graudenz und in Ebing an den 7,25 Abends nach Mohrungen abgehenden Zug und bietet dem biegsigen Publikum eine einzige Gelegenheit zur Versendung von Posten und Geldbriefen, falls dieselben sozeitig eingeliefert werden, daß die Abfahrt von hier um 4,12 Nachm. mit dem Zuge nach Dirschau erfolgen kann. Die Schlusszeit für diesen Zug ist auf 3 Uhr Nachm. für Posten mit und ohne Werthangabe, sowie für Geldbriefe festgesetzt.

\* Das berufsgenossenschaftliche Schiedsgericht war heute im oberen Saale der Concordia zusammengetreten, um über einen in der Dammschleusenbrücke des Herrn Sudermann in Ebing stattgehabten Unfall eine prinzipiell wichtige Entscheidung zu fällen. Am 31. Juli 1886, Vormittags 9½ Uhr, war der Arbeiter Wilhelm August Degen, 27 Jahre alt, mit dem Arbeiter Peters am Gatter des bezeichneten Etablissements beschäftigt, um ein Stück Rundholz auf den Gatterstützen aufzuhängen. Hierbei wurden die an der kleinen Kreisäge beschäftigten Arbeiter Kripin und Meyer zur Hilfe gerufen, und es ging Kripin zu Degen, Meyer zu Peters. Bei dieser Gelegenheit entstand zwischen Kripin und Degen ein von letzterem veranlaßtes, angeblich scherhaftes Ringen, in welchem Degen rückwärts gedrängt wurde, zwischen dem Gatter und dem Schwungrad der nebenbei gelegenen Betriebsmaschine fiel, in das Schwungrad geriet und sofort getötet wurde. Der von der Witwe gefestigte Antrag auf Entschädigung wurde am 8. November v. J. von der norddeutschen Holz-Genossenschaft abgelehnt, weil nach § 1 des Gesetzes vom 6. Juli nur Unfälle entstehen, welche „bei dem Betriebe vorkommen“ d. h. nach einem Urteil des Reichs-Oberhandelsgerichts — „sich auf eine zum maschinellen oder mechanischen Betriebe gehörige Verirrung beziehen“ und „der Betreiber des Etablissements, welche alle großen Versammlungen seit 1848 mitgemacht, erinnern sich nicht annähernd eines ähnlichen Beifallssturmes, als Richter Moltkes Spruch, der Krieg sei ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung, entgegengesetzt: Krieg ist ein Element vom Teufel eingesetzter Ausrüstung. Dem Manne, der Wunden schlägt, sei die Bürgerschaft in Birken einen Mann entgegen, der Wunden heilt. Achting jenem, Achting aber auch diesem. Als Washington seinen militärischen Ruhm benennen wollte, um das Verhängungsrecht des englischen Volkes zu beugen, rief man ihm zu: Sieger in Spanien, Sieger bei Waterloo, Du wirst nicht siegen über das englische Volk. So rufen wir Moltke zu: Sieger Österreich, Sieger Frankreich, Du wirst nicht siegen über das Bürgerthum Berlins. (Unbeschreiblicher Beifall.)

Der Vorstand des „nationalliberalen Vereins“ will heute Abend gegen die Auftstellung Cremers protestieren.

Die „Königliche Zeitung“ bedauert, daß der nationalliberale Verein in Siegen einstimmig beschloß, Herrn Süder einen Gegenkandidaten gegenüberzustellen und rath dringend, sich der Mehrheit für Süder anzuschließen.

W. T. Bromberg, 21. Januar. Die hiesige evangelische Kirchengemeinde hat heute unter großer Begeisterung der Bevölkerung und in Anwesenheit des Oberpräsidenten Grafen Lediz-Trützschler, sowie mehrerer Mitglieder des Posener Consistoriums, die hundertjährige Feier der Errichtung des hiesigen evangelischen Pfarrhauses durch Friedrich den Großen mit einem Festgottesdienst, einem Festmahl in der Loge und durch ein Kirchen-Concert begangen.

### Germinaltes.

Berlin, 20. Januar. Nachdem man schon im vorigen Jahre den Literaturhistoriker Professor Erich Schmidt dazu bestimmt hat, die eine Hälfte der Lehrbücherkeit Wilhelm Scherer's, des verstorbenen ordentlichen Professors der germanistischen Wissenschaften an der Universität Berlin, fortzuführen, hat man sich jetzt entschlossen, die andere Hälfte nochmals zu halbieren, anstatt, wie es längere Zeit hieß, einen neuen ordentlichen Professor für altdutsche Sprache und Literatur zu berufen. Infolge dessen wurden vorgesehen, wie wir erfahren, die beiden bisherigen Privatdozenten Dr. Edward Schröder und Dr. Julius Hoffory zu außerordentlichen Professoren ernannt. Der erste, der sich besonders durch fachwissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiete der deutschen Literatur des Mittelalters, der letztere, ein geborener Däne, auf dem Gebiete des Altnordischen bekannt gemacht.

[Ein neues Mittel, um seinen Mietzins zu zahlen] bat ein junger Amerikaner erfunden. Derselbe ließ einsach in den „New-York-Herald“ folgende Annonce setzen: „Jedem, der am 20. M. einsetzt, gebe ich das Mittel an, auf welche Weise er sich leicht das Geld für seinen Mietzins verschaffen kann.“ Natürlich: laufen die 20-Pfennigstücke in großer Anzahl ein, der pfiffige Yankee befriedigt davon seine Hausherrn und verleiht an seine sämmtlichen Correspondenten einfach ein Circular mit den Worten: „Machen Sie es, wie ich!“

Petersburg, 18. Januar. [Die Rassenergebnisse des deutischen und des französischen Theaters] pro

1886 sind, dem „Pet. L“ zufolge, nachstehendem gewesen: Die deutsche Truppe hat bei einem Budget von 105 000 Rbl. eine Einnahme von 149 980 Rbl. erzielt.

Die größten Einnahmen ergaben die Vorstellungen, an

denen Barnum sich beteiligte, und die Aufführungen des „Zigeunerbaron.“ Die Direction hat einen Reingewinn von 44 980 Rbl. zu verzeichnen. In Folge dieses günstigen Resultats wird die deutsche Truppe nicht aufgelöst, wie anfangs verlautete. Was die französische Truppe betrifft, so erzielte dieselbe bei einem Budget von 270 000 Rbl. eine Einnahme von annähernd 190 000 Rbl. hat somit ein Deficit von ung-fähr 80 000 Rbl. zu verzeichnen.

### Telegramme der Danziger Blg.

Berlin, 22. Jan. (Privatelegr.) Niemals war bisher der Andrang zu einer politischen Versammlung in Berlin so groß, wie der zu der gestrigen des zweiten Wahlkreises auf Tivoli, in welcher Birchows Candidatur aufgestellt wurde. Der große Saal war schon vor der Eröffnungszeit so voll, daß die Polizei die Schließung anordnete und niemand mehr hineulief.

Wäre der Saal dreimal größer, er hätte nicht für die Zuströmenden ausgereicht. Nicht nur der große Garten des Etablissements, auch die unmittelbaren Straßen waren mit vergebens Eingang Suchenden gefüllt.

Da keine Karten ausgegeben waren, sondern jeder Zugang hatte, waren viele Anders-

gesinntheit, uamentlich Socialdemokraten anwesend.

Diese zeigten sich so vorzüglich discipliniert, daß sie

der Polizei keinerlei Handhaben zur Auslösung boten.

Die freisinnigen Redner wurden nicht unterbrochen; selbst die erschienenen Conservativen erhoben keinen Widerspruch.

Einzelne wurden in den allgemeinen Beifallsturm mitgezogen. Es sprachen

Birchow, Richter, Görki, Max Hirsch. Personen,

welche alle großen Versammlungen seit 1848 mit-

gemacht, erinnern sich nicht annähernd eines

ähnlichen Beifallsturmes, als Richter Moltkes

Spruch, der Krieg sei ein Element der von Gott

eingesetzten Ordnung, entgegengesetzt: Krieg ist ein

Element vom Teufel eingesetzter Ausrüstung. Dem

Manne, der Wunden schlägt, sei die Bürgerschaft in

Birken einen Mann entgegen, der Wunden heilt.

Achting jenem, Achting aber auch diesem. Als

Washington seinen militärischen Ruhm benennen wollte, um das Verhängungsrecht des englischen Volkes zu beugen, rief man ihm zu: Sieger in Spanien,

Sieger bei Waterloo, Du wirst nicht siegen über

das englische Volk. So rufen wir Moltke zu: Sieger Österreich, Sieger Frankreich, Du wirst nicht siegen über das Bürgerthum Berlins. (Unbeschreiblicher Beifall.)

Der Vorstand des „nationalliberalen Vereins“ will heute Abend gegen die Auftstellung Cremers protestieren.

Die „Königliche Zeitung“ bedauert, daß der nationalliberale Verein in Siegen einstimmig beschloß, Herrn Süder einen Gegenkandidaten gegenüberzustellen und rath dringend, sich der Mehrheit für Süder anzuschließen.

\* [Webersfahren.] Gestern Vormittag wurde die

65 Jahre alte Wwe. Bertha S. in dem Augenblick, als sie an der Hägergaß-Ecke einem herankommenden Pferdekarren ausweichen wollte, von einem ame-

rspänen Gefäß überschlagen, wobei sich dieselbe eine

2 Cm. lange Wunde an der Stirn und eine Verletzung an Nierenbein zog. Die Frau wurde von Hrn. Dr. Hirshfeld verbunden und von ihrer hinzugekommenen Tochter nach ihrer Wohnung geleitet.

\* [Postzettel vom 22. Januar.] Verhaftet:

1. Malchut wegen wissenschaftlicher Anzeige, 1 Jungs, 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 2 Arbeiter wegen Schlägerei, 1 Maurer wegen Beamtenbeleidigung, 1 Seefahrer wegen groben Unfugs, 17 Obdachlose, 2 Bettler - Gestohlen: 1 Firmenschl. 1 lebende Kuh.

\* Ebing, 21. Jan. Von Seiten des hiesigen Land-

gerichts ist nun doch der Termin für Verhandlung des

Danziger Weinfälschungsprozesses auf den

7. März angestellt worden. Ein Concert unseres

Kirchenchores, das heute mit gutem Erfolg die be-

kannte und beliebte Composition der Ballade „Erlkönigs

Tochter“ zur Aufführung brachte, schuldet für sein Ge-

dingen der Mitwirkung von Danziger Künstlern vielen

Dank. Der wohlgesaulte, leistungsfähige Chor des

Herrn Carlsten wurde durch Fr. Clara Küster, die

den Soprano, durch Herrn Heinrich Röckner, der das

wichtigste, umfangreiche Baritonolo übernommen hatte

und durch eine hochbegabte, wenn auch erst in den An-

fangen ihrer künstlerischen Ausbildung stehende Diet-

tantin unterstellt, die für den Alt eingetreten war. Fr. Küster, als Ebingerin und Schülerin Odenthal's

hier seit lange vorbehaltlich bekannt, wirkte

von vornherein günstig durch das Solumen den Um-

fang und der Klangtiefe ihrer hellen Stimme. Starke

Empfinden und seelische Bewegung scheint die Partie

aber entbehren zu können. In Herrn Röckner macht

Ebing die interessante Bekanntschaft eines tüchtig vor-

gebildeten, seiner Mittel sicherer Sängers. Beide

Künstler begannen den Abend mit Solonummern,

Lieder und Arien. Da hörten wir u. a. von den

Damen Ecker's große Arie „Wenn ich mit Menschen- und

Engelzungen“, die Marianne Brandt in den Concert-

saal eingespielt hat. Herr Röckner wirkte ungleich

glänzender in seinem mit künstlerischer Energie behandelten Part der Ballade, als in den gar zu ernst gespielten Solonummern. Statt des Orchesters hatte Fr. Helene Boroch die Begleitung am Klavier übernommen und vorzüglich durchgeführt. Das ganze Concert hat ungewöhnlich gefallen und nimmt in dieser musikalisch reichen Saison eine hervorragende Stelle ein.

\* Mewe, 21. Jan. Die hiesige Liegertafel beauf-

sichtigt einen Maskenball zu veranstalten, der am

19. Februar stattfinden soll.

\* Am Schultheiß-Seminar zu Marienburg ist der

Lehrer Ambrassat zu Insierburg als Hilfslehrer an-

gestellt worden.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 22. Januar. Ost. v. 21.

Weizen, gelb 4% rus. Anl. 80: 82,00 82,10

April-Mai 164,50 165,70 Lombarden 161,00 162,00

Mai-Juni 166,00 167,20 Franzosen 400,00 400,50

Bogen 469,50 473,00 Cred.-Aktien 198,25 200,10

April-Mai 132,07 132,50 Disc.-Comm. 198,25 200,10

Mai-Juni 132,20 132,70 Deutsche Bk. 160,10 162,50

Petroleum pr. 200 g Laurahütte 83,30 84,40

Oestr. Noten 160,70 160,85

Januar 23,20 23,20 Russ. Noten 188,85 188,70

Warsch. kurz 188,25 188,20

London kurz 20,35 20,38

London lang 20,23 20,22

St. Petersburg 100,00 106,00

spiritus 38,40 38,50 SW-B. g. A. 69,50 61,25

Juli-August 40,00 40,16 Danz. Privat-

bank 105,60 106,00 D. Oelmühle 111,00 111,00

Pfandb. 98,90 99,00 do. Priorit. 110,00 110,50

% do. 93,00 93,90 do. St.-A. 41,60 41,60

U. Orient-Anl. 81,00 81,20 Ostr. Süd. 26,00 26,50

U. Orient-Anl. 58,00 58,20 Stamm-A. 68,25 68,50

Statt besonderer Anzeige.

Heute Abend 8 Uhr wurden wir durch die glückliche Geburt einer Tochter erfreut. (1282)

Danzig, den 21. Januar 1887.

Stadt Rath Rudolf Hinze und Frau.

Heute Mittag 1 Uhr erschien sanft nach kurzem schweren Leiden an Schwäche in Folge glücklich überstandener Operation unsere vielgeliebte gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegertochter und Großmutter, Frau Mathilde Stegmann, geb. Neumann, in ihrem 63. Lebensjahr. (1283)

Danzig, den 20. Januar 1887.

Die hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Der Holzverkaufstermin für den

Belang Heubude findet am

Montag, den 31. Januar cr.,

von Vormittags 11 Uhr ab, im

Syndicats-Locale zu Heubude statt.

Steegen, den 20. Januar 1887.

Der Oberförster.

Oto. (1278)

Israelitische Sterbekasse.

General-Versammlung

Montag, 24. Januar cr., Abds. 7 Uhr,

im Kaiserhof.

Tagesordnung:

1. Verwaltungs- und Kassen-Bericht

pro 1886.

2. Wahl der Kassen-Revisoren.

3. Erörterung über den Antrag wegen

Erhöhung des Sterbegeldes.

4. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.

(926) Der Vorstand.

Kölner Dombau-Lotterie,

Ziehung unwiderruflich 10. - 12.

Marz cr., Lose a. 350.

Allerletzte Ulmer Münsterbau-Lotterie,

Hauptgewinn

a. 75 000. Lose a. 3.30.

Marienburger Schlossbau-

Lotterie, Hauptgewinn a. 90 000,

Lose a. 3 bei

(1286) Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Zur

Pflege der Haut

Toilette-Glycerin,

Baselin-Gold-Cream,

feinste weiße Baseline,

Mandelfleie,

Frostbalsam

empfiehlt als langjährig bewährte

Mittel in stets bester Qualität

Albert Neumann,

Langenmarkt 3. (1151)

Bay-Rum,

vorzügliches Haarwaschmittel, beseitigt

das Ausfallen der Haare und Kopf-

schuppenbildung. (1271)

Niederlage bei

Richard Lemke,

Marktstrasse 5.

Besten Danziger Porter,

neues Gebräu, in Gebinden und

Flaschen offerirt

P. F. Eissenhardt Nachflgr.

Th. Holtz. (1270)

Kronleuchter-

Lichte,

Tafel-Lichte,

Kanal-Lichte,

nicht abtropfend (1152)

empfiehlt in bester Qualität.

Albert Neumann,

Langenmarkt Nr. 3.

Emil A. Baus,

Stahl-, Eisen-, Maschinen- und

technisches Geschäft,

7. Gr. Gerbergasse 7.

empfiehlt (1666)

Blasbälge, Ventilatoren,

Amboße, Schraubstöcke,

Kluppen aller Art.

Größtes Lager von Muttern, Gestell-,

Bersten- u. Schranken.

Maschinen-Ofen, harz- und fäurefrei.

Heute Abend giebt es Wismarkt 46,

Gasthaus zur Stadt London, ganz

große Seebarsche und

Bressen

a. Pfd. 30 und 35. (1266)

Kanarienvögel,

Harzer Röller, mit

sehr schönen Gefangen-

touren a. 6-9. ff.

Hohlräder a. 10-15, verlende-

unter Garantie lebender Aufzug

Nachnahme. C. Bock,

1261) Freiburg a. N. i. Thüringen.

für Zimmermeister.

In Folge Ablebens meines Mannes

beabsichtige ich, daß von ihm mit

bestem Erfolge betrieben wird, in gutem

Rufe stehende, in heifiger Stadt obne

Concurrent, befudliche Zimmer-

geschäft nebst Wohnhaus, großen

Holzplatz und sämtlichem Zubehör

preiswert sofort zu verkaufen. Dieser

Kauf bietet einem intelligenten, streb-

samen Meister eine gesicherte Existenz.

Vermittlung verheißen. (882)

Hulda Schärer, Witwe,

Niemenburg Weiß.

Wegen Übernahme meiner väter-

lichen Besitzung beabsichtige ich mein

jetziges

Grundstück

von 6 Hufen unter günstigen Bedin-

gungen preiswert zu verkaufen.

Klatt, Posilge Westpr.

Eine gebrachte (1280)

Drainöhrenpresse

sucht zu kaufen Dominium Belzau bei

Aheda, Kreis Neustadt Westpr.

zu 10 000 Lthr. n. 10 000 Lthr. 4%

Institutsgeld, auch geheiht, 3 Hypoth.

zu haben. Heil. Heitstoffe 112 (1244)

## Meyer & Gelhorn,

in

Danzig,

Langenmarkt No. 40,

Bau- und Wechsel-Geschäft.

Ein- und Verkauf

von in- und ausländischen Wertpapieren, ausländischen Banknoten

und Geldorten. (1263)

Die hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Der Holzverkaufstermin für den

Belang Heubude findet am

Montag, den 31. Januar cr.,

von Vormittags 11 Uhr ab, im

Syndicats-Locale zu Heubude statt.

Steegen, den 20. Januar 1887.

Der Oberförster.

Oto. (1278)

Israelitische Sterbekasse.

General-Versammlung

Montag, 24. Januar cr., Abds. 7 Uhr,

im Kaiserhof.

Tagesordnung:

1. Verwaltungs- und Kassen-Bericht

pro 1886.

2. Wahl der Kassen-Revisoren.

3. Erörterung über den Antrag wegen

Erhöhung des Sterbegeldes.

4. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.

(926) Der Vorstand.

Kölner Dombau-Lotterie,

Ziehung unwiderruflich 10. - 12.

Marz cr., Lose a. 350.

Allerletzte Ulmer Münsterbau-

Lotterie, Hauptgewinn

a. 75 000. Lose a. 3.30.

Marienburger Schlossbau-

Lotterie, Hauptgewinn a. 90 000,

Lose a. 3 bei

(1286) Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Zur

Pflege der Haut

Toilette-Glycerin,

Baselin-Gold-Cream,

feinste weiße Baseline,

Mandelfleie,

Frostbalsam

empfiehlt als langjährig bewährte

Mittel in stets bester Qualität

Albert Neumann,

Langenmarkt 3. (1151)

Bay-Rum,

vorzügliches Haarwaschmittel, beseitigt

das Ausfallen der Haare und Kopf-

schuppenbildung. (1271)

Niederlage bei

Richard Lemke,

Marktstrasse 5.

Besten Danziger Porter,

neues Gebräu, in Gebinden und

Flaschen offerirt

P. F. Eissenhardt Nachflgr.

Th. Holtz. (1270)

Kronleuchter-

Lichte,

Tafel-Lichte,

Kanal-Lichte,

nicht abtropfend (1152)

empfiehlt in bester Qualität.

Albert